

## „Exportweltmeister“ in Bedrängnis

In § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG) wird die Bundesregierung dazu verpflichtet, neben Vollbeschäftigung, Preisstabilität und stetigem, angemessenem Wirtschaftswachstum auch für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu sorgen. Als Messgröße für dieses Ziel dient die Differenz aus Export und Import an Sachgütern und Dienstleistungen bzw. der Außenbeitrag als Anteil dieser Differenz am Bruttoinlandprodukt (BIP) (vgl. das Thema der wichtigsten volkswirtschaftlichen Leistungsindikatoren). Die Frage ist, welches der kritische Grenzwert ist, bei dessen Überschreiten von einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht gesprochen werden müsste.

In aktuellen Diskussionen über die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen einer globalisierten Welt wird häufig mit Stolz auf die deutsche Position eines „Exportweltmeisters“ verwiesen und dies als Zeichen einer besonders hohen internationalen Konkurrenzfähigkeit mit einem entsprechend positiven Einfluss auf die deutsche Binnenkonjunktur und auf deutsche Arbeitsplätze gedeutet. Daraus müsste der Schluss zu ziehen sein, dass ein möglichst hoher Außenbeitrag den Zielwert eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts abgibt. Andererseits sind auch vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise kritische Stimmen zur starken deutschen Exportsituation laut geworden. Was ist davon zu halten? Einige einfache Überlegungen aus dem täglichen Geschäftsleben führen zum Kern des Problems.

Die schlichte Frage lautet, was denn wohl die Konsequenz aus den Geschäftsverbindungen zweier Handelspartner wäre, wenn der eine dem anderen ständig mehr verkauft, als von ihm kauft. Die Konsequenz wäre das Entstehen einer Gläubigerposition und im Gegenzug das Entstehen einer Schuldnerposition. Abgesehen davon, dass Gläubiger- bzw. Schuldnerpositionen prinzipiell immer den Keim von Zwistigkeiten in sich bergen, da sie schon begrifflich etwas mit Stärke und Schwäche und moralischen Werten zu tun haben („der Schuldner ist schuldig“), können sie langfristig nur auf drei Wegen bereinigt werden: Die erste Möglichkeit besteht darin, dass langfristig der zunächst relativ starke Verkäufer auch Phasen der Schwäche zeigt, d. h. von seinem Handelspartner mehr kauft als an ihn verkauft und sich demnach durch Verrechnung ein Ausgleich und damit auch ein Abbau der Gläubiger- und Schuldnerpositionen im Zeitablauf ergibt. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, Handelsströme in Geldkapitalströme umzumünzen, d. h. die durch Handelsbeziehungen aufgebaute Gläubigerposition des einen Handelspartners kann dadurch bereinigt werden, dass dieser zum Ausgleich einen Teil der Vermögenstitel des Schuldners erhält und z. B. Teilhaber an dem entsprechenden Unternehmen wird. Im Übrigen ist diese zweite Möglichkeit auch der Weg, der zwangsweise von einem Konkursrichter als Erstes beschritten wird. Scheiden diese beiden Möglichkeiten aus welchen Gründen

auch immer aus, so ist als letzte Möglichkeit nur noch der Schuldenerlass denkbar, der aber nichts anderes als ein Geschenk ist. Wer diese drei Möglichkeiten im Auge hat, erkennt schnell, wo das Problem eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts liegt oder auch nicht liegt.

Das Problem eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts liegt für ein exportstarkes Land eher nicht in einem zu geringen, sondern vielmehr in einem zu hohen Exportüberschuss bzw. Außenbeitrag. Er führt nämlich zum Aufbau einer Gläubigerposition, zunächst z. B. in Form des Nettozuflusses an Fremdwährungen und dann deren Anlage in andere Vermögenstitel wie z. B. Staatsanleihen oder Aktienbeteiligungen (vgl. auch das Thema der Zahlungsbilanz). Diese Anlageformen sind aber stets auch risikobehaftet, d. h. die Möglichkeit einer Insolvenz des Schuldners besteht immer. Wo ist dann aber der internationale Konkursrichter? Bedeutet die Überschuldung eines Landes etwa, dass dieses Land liquidiert wird und schlimmstenfalls auch als Nation aufhört zu existieren, weil es unter den Gläubigern aufgeteilt wird? Wenn dies politisch aus übergeordneten Gründen nicht erwünscht ist, wer wird dann mit den finanziellen Einbussen eines Schuldenerlasses oder mit der Finanzierung zusätzlicher Unterstützungskredite konfrontiert? Sind es letztlich nicht die Steuerzahler und damit beim bestehenden Steuersystem vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen? Da sie eine relativ hohe Konsumneigung aufweisen, besteht dann nicht bei ihrem sinkenden Nettoeinkommen die Gefahr, dass durch einen Rückgang im privaten Konsum auch die gesamte volkswirtschaftliche Leistung beeinträchtigt wird und sich damit der Exportüberschuss als kontraproduktiv erweist? Weltweit und entwicklungspolitisch stellt sich zudem die grundsätzliche Frage, wie die speziellen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen notorisch schwachen unterentwickelten Ländern und notorisch starken entwickelten Ländern zu beurteilen sind. Letztlich geht es also um die Frage, wie Gesellschaften bzw. Nationen miteinander umgehen. Mit einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht soll jedenfalls zu möglichst konfliktfreien internationalen Beziehungen beigetragen werden. Etwas euphorisch ausgedrückt: Ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht kann als Beitrag zur internationalen Friedenssicherung gesehen werden.

Ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht mit einem relativ hohen Exportüberschuss dürfte letztlich noch aus einem anderen Grund den Kern von internationalen Zwistigkeiten in sich tragen. Er geht von der Frage nach den Ursachen der relativ starken Exportposition bzw. der relativ hohen internationalen Konkurrenzfähigkeit des betreffenden Landes aus. Liegt sie in einem relativ hohen Qualitätsniveau der gehandelten Güter begründet, so sind Argumente gegen die starke Exportposition oder gar Forderungen nach ihrem Abbau unter rein marktwirtschaftlichem Blickwinkel nur schwer zu führen. Sie würden nämlich bedeuten, auf eine gute Leistung zugunsten einer schwächeren Leistung zu verzichten, ein offensichtlicher Verstoß gegen das marktwirtschaftliche Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Anders liegen die Dinge allerdings, wenn das anscheinend höhere Qualitätsniveau nur künstlich herbeigeführt wurde, z. B. durch staatliche Exporterleichterungen oder/und Importbeschränkungen. Bei ihnen ist nicht nur an Subventionen bzw. Zölle, sondern auch an Wech-

selkursmanipulationen zu denken. Ein künstlich niedrig gehaltener Wechselkurs der heimischen Währung durch Fixierung oder durch entsprechende Interventionen an den Devisenmärkten verbilligt die Exporte und verteuert die Importe und verschafft somit der heimischen Wirtschaft einen internationalen Konkurrenzvorteil. Entsprechend heftige Reaktionen der Handelspartner mit Auswirkungen auf die gesamten Außenbeziehungen dürften die Folge sein.

Zur Bestimmung des konkreten Zielwertes für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht folgt aus den bisherigen Überlegungen, das ein wirtschaftliches „Gleichgewicht“ zumindest im Zeitablauf eigentlich dann vorliegen sollte, wenn Verkäufe und Käufe sich die Waage halten und demnach keine langfristigen Gläubiger- und Schuldnerpositionen entstehen können. Es gibt theoretisch nur zwei Gründe, die für den Aufbau einer langfristigen Gläubigerposition sprechen: internationale Geschenke (Übertragungen) oder/und Kapitalbeteiligungen (vgl. auch das Thema der [Zahlungsbilanz](#)). Wenn wir z. B. allein schon aus dem Gebot der Menschlichkeit heraus der Meinung sind, dass entwickelte Volkswirtschaften ca. 1 % ihres relativen „Reichtums“ BIP an ärmere, unterentwickelte Volkswirtschaften (z. B. in Form der Entwicklungshilfe) verschenken sollten. Wenn wir weiterhin daran denken, dass auch Beiträge zu internationalen Organisationen wie z. B. der Nettobeitrag zum EU-Haushalt sowie die Zahlungen der „Gastarbeiter“ mit Hauptwohnsitz im Inland (= Inländer) an ihre Familienangehörigen im Heimatland und auch Schuldenerlasse als Geschenke zu interpretieren sind und wir diesen Gesamtbetrag mit ebenfalls ca. 1 % des BIP ansetzen, dann folgt daraus ein kritischer Grenzwert von insgesamt ca. 2 %. Bei den internationalen Kapitalbeteiligungen, die auch durch einen Exportüberschuss finanziert werden könnten, wird langfristig von einem erwünschten Ausgleich ausgegangen, da der kapitalmäßige „Ausverkauf“ eines Landes wohl nicht als ernst zu nehmendes Ziel angesehen werden kann. Zur Bestimmung des kritischen Grenzwertes beim Außenbeitrag werden sie daher nicht herangezogen. Der kritische Grenzwert von ca. 2 % wurde jedenfalls vom „Exportweltmeister“ Deutschland in den letzten Jahren weit überschritten. Selbst der im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes vereinbarte, weit höhere Grenzwert von 6 % wurde meist übertroffen. Dies wurde im Innenverhältnis vor dem Hintergrund der Binnenkonjunktur und dabei vor allem der Arbeitsplatzsicherung zwar begrüßt, rief jedoch im Außenverhältnis z. B. vor dem Hintergrund der Schuldenkrise in der Euro-Zone aus den genannten Gründen Kritik hervor.

Grob gerechnet baute die Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren durch hohe Exportüberschüsse bei Waren und Dienstleistungen eine Gläubigerposition in Höhe von ca. 1300 Mrd. Euro auf. Davon wurden ca. 300 Mrd. Euro (z. B. in Form von Entwicklungshilfe, Beiträgen zu internationalen Organisationen etc.) verschenkt. Der Rest, nämlich ca. 1000 Mrd. (= 1 Billion) Euro, wurde angelegt (z. B. in Staatsanleihen, Unternehmensbeteiligungen, Währungsreserven etc.). Er spiegelt die gegenwärtig starke internationale Gläubigerposition Deutschlands wider, der allerdings die Schuldnerländer mit ihren Importschüssen gegenüberstehen.

Exporte erhöhen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und schaffen Arbeitsplätze im exportierenden Land zu Lasten der auf der Gegenseite importierenden Länder. Eine Wirtschaftspolitik, die Exportüberschüsse fördert, dürfte demnach auf wenig Gegenliebe des Auslandes stoßen. Sie wird daher auch als „Beggar-my-Neighbour-Politik“ bezeichnet. Die Frage, wie ihr begegnet werden kann, ohne den positiven Einfluss auf das BIP und die Beschäftigungssituation zu verlieren, kann anhand der Zusammenhänge beantwortet werden, die sich aufgrund der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zur Ermittlung des BIP und der daraus abgeleiteten Einkommensgrößen ergeben (vgl. das Thema der [wichtigsten volkswirtschaftlichen Leistungsgrößen](#)). Danach gilt folgende definitorische Beziehung:

$$S = I^n + Ex - Im - Tr_{N \rightarrow \ddot{u}W} + PE_{N \leftarrow \ddot{u}W}$$

Sie besagt, dass das Sparen der Inländer (S) den Nettoinvestitionen im Inland ( $I^n$ ) zuzüglich des Exportüberschusses des Inlandes ( $Ex - Im$ ) abzüglich der Nettotransferzahlungen („Nettogeschenke“) an Ausländer ( $Tr_{N \rightarrow \ddot{u}W}$ ) zuzüglich der von Inländern bezogenen Nettoprimäreinkommen (Faktoreinkommen der Inländer im Ausland („übrige Welt“ ( $\ddot{u}W$ )) minus Faktoreinkommen der Ausländer im Inland ( $PE_{N \leftarrow \ddot{u}W}$ )) entsprechen muss. Die Größe  $PE_{N \leftarrow \ddot{u}W}$  spiegelt lediglich den Korrekturfaktor zwischen Inländer- und Inlandskonzept wider. Durch Umformung ergibt sich folgende Beziehung:

$$Ex - Im - Tr_{N \rightarrow \ddot{u}W} = S - I^n - PE_{N \leftarrow \ddot{u}W}$$

Die Größe ( $Ex - Im - Tr_{N \rightarrow \ddot{u}W}$ ) spiegelt die durch den Exportüberschuss erlangte Gläubigerposition eines Landes wider, die durch Geschenke (z. B. Entwicklungshilfe) reduziert wird. Der verbliebene Exportüberschuss als eigentlicher „Stein des Anstoßes“ könnte bei unverändertem BIP, d. h. ohne Verzicht auf die mit ihm verbundenen positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte, reduziert werden, wenn die inländischen privaten oder/und staatlichen Nettoinvestitionen erhöht oder/und das inländische Sparen reduziert, d. h. der inländische private oder/und staatliche Konsum erhöht werden, denn das Sparen ist volkswirtschaftlich als der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens definiert. Kurzum: Die mit einem hohen Exportüberschuss verbundene hohe und möglicherweise zu hohe Auslandsnachfrage lässt sich durch eine wirtschaftspolitische Stärkung der Binnennachfrage ersetzen. Genau das wird von den Kritikern eines „Exportweltmeisters“ gefordert.

Quelle:

[KNORRING, E. VON, Volkswirtschaft – Rahmenbedingungen für eine Unternehmensstrategie. Bad Wörishofen: Holzmann Medien.](#)